

Tätigkeitsbericht des Gefangenenbeauftragten an die Mitgliederversammlung 2025

Seit 2007 bin ich als „Gefangenenbeauftragter“ für das Grundrechtekomitee tätig. In dieser Funktion widme ich mich der Beantwortung der „inhaltlichen“ Anfragen von Inhaftierten und mitunter auch deren Angehörigen und Unterstützer*innen, also prinzipiell aller Zuschriften, die nicht unsere „Aktion Bücher für Gefangener“ oder „Bücher für Schreibmaschinen“ betreffen. Diese werden wie gehabt direkt vom Kölner Büro aus bearbeitet. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Tendenz fortgesetzt, dass der Anteil an Anfragen welcher mich nicht mehr auf dem Postweg, sondern per E-Mail erreicht, stetig steigt. Die Mails erreichen mich oft direkt an meine Adresse beim Komitee. Die Anzahl der beantworteten Anfragen ist seit der letzten Mitgliederversammlung leicht zurückgegangen, insgesamt wurden rund 160 Zuschriften bearbeitet.

Wie in den vergangenen Jahren betraf ein größerer Teil der Schreiben zunächst keine konkreten Anliegen, es ging den Verfasser:innen darum sich Luft zu verschaffen und ihre allgemeine, prekäre Situation im Knast zu beanstanden. Hier kann ich nur in Ausnahmen weiterhelfen, z.B. indem ich bei **fehlenden sozialen Kontakten** außerhalb der JVA, falls lokal vorhanden und mir bekannt, Adressen von Projekten vor Ort vermittele oder auf die einschlägigen Foren zur Vermittlung von Briefwechseln hinweise. Nicht eingehen können wir zudem auf Fragen, die das vorausgegangene Strafverfahren betreffen.

Viele Zuschriften beinhalteten die konkrete **Bitte um Zusendung von Gesetzestexten, Kopien aus den einschlägigen Kommentaren zum Straf- und Maßregelvollzug**, aus Fachzeitschriften - die ich dann i.d.R. über eine Bibliothek beschaffen muss - oder auch von Musterschreiben, als Hilfestellung um z.B. einen Antrag auf Haftzeitverkürzung, auf Überprüfung einer bestimmten Entscheidung oder auf Unterbringung in einer Einzelzelle zu stellen. Bedauerlicherweise sind entsprechende Informationen in den Anstalten nach wie vor selten zugänglich. Zusätzlich ist es immer noch schwierig, sich in den vielen spezifischen gesetzlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer zurechtzufinden.

Die angesprochenen Themen waren wieder weit gestreut; es ging u.a. um **Probleme bei Besuchsregelungen, Gefangenenarbeit, Haftlockerungen, im Umgang mit den Strafvollstreckungskammern, dem Wunsch nach länderübergreifender heimatnaher Verlegung in eine andere JVA oder bzgl. einer drohenden Abschiebung aus der Haft. Andere Zuschriften betrafen den baulichen Zustand der Anstalten**, so etwa der JVA Heimsheim.

Ein weiterer Anstieg der Fälle war im Bereich der **medizinischen Versorgung im Strafvollzug** zu verzeichnen, sei es hinsichtlich der Behandlung durch Anstaltsärzt:innen, beim Zugang zu Fachärzt:innen oder der Vergabe von Medikamenten, wie z.B. der Verweigerung der Behandlung von ADHS, wenn BtMG-Rezepte nicht ausgestellt werden. Probleme gab es in diesem Kontext auch beim Zugang zu orthopädischen Hilfsmitteln. So wurde einem Inhaftierten mit schweren Wirbelsäulenproblemen in einer bayrischen JVA die Anschaffung einer orthopädischen Matratze auf dessen eigene Kosten aus „organisatorischen Gründen“ zunächst verweigert, nach einem Telefonat mit der Anstaltsleitung wurde ihm diese schließlich gewährt.

Häufiger als zuvor erreichten uns im vergangenen Zeitraum auch Briefe, in denen **massive Preissteigerungen beim Einkauf und beim Telefonieren** thematisiert wurden. So erreichte uns im vergangenen August ein Schreiben von Gefangenen aus der JVA Freiburg, die darauf aufmerksam machten, dass nach einem neuen Vertragsabschluss des baden-württembergischen Justizministeriums, mit dem auf die Bereitstellung von Telefondienstleistungen im Knast spezialisierten Anbieter Telios die Preise für Telefonate in allen baden-württembergischen JVAs massiv gestiegen seien.

Auch der Einkauf von Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs über die Firma Massak habe sich stark verteuert. Darüber hinaus wurde beanstandet, dass Massak sich beim Angebot von Büchern nicht der Buchpreisbindung verpflichtet fühle. Telios hat in Deutschland eine Monopolstellung auf dem Gefängnismarkt inne und steht nicht nur wegen der Preise immer wieder in der Kritik, unter anderem wurde Anfang des Jahres bekannt, dass es zu einer großen Datenschutzpanne kam, bei dem von den Servern des Unternehmens vertrauliche Daten von Inhaftierten abhandenkamen. Massak beliefert mittlerweile bundesweit die Mehrzahl der Anstalten und dort wo das Unternehmen den Verkauf im Knast übernommen hat, haben sich die Preise zumeist massiv verteuert, worauf u.a. auch die Gefangenengewerkschaft wiederholt hingewiesen hatte.

Da ich der Bitte nach einem Überblick über die Preise für Einkauf und Telefondienstleistungen in anderen JVAs mangels Informationen nicht nachkommen konnte, wurden Fragebögen an die Redaktionen von rund 80 Gefangenenzeitschriften verschickt. Der Rücklauf dieser Aktion war leider begrenzt; ersichtlich wurde aber, dass das Argument der beiden Unternehmen, dass die hohen Preise den hohen Anforderungen an die Sicherheit der Dienstleistungen geschuldet seien und deshalb günstigere Angebotspreise nicht kostendeckend wären, kaum haltbar zu sein scheint: Wenn z.B. Telios in der Lage ist, die Preise in der JVA Saarbrücken – mit Ausnahme der Auslandstelefonate - deutlich zu senken, in gleichem Zeitraum aber in Freiburg ein

drastischer Preisanstieg zu verzeichnen ist, lassen sich hieraus eher Rückschlüsse auf die Interessen der bei Vertragsschluss involvierten Behörden ziehen. **In diesem Kontext wäre sicherlich mehr Druck von außen wünschenswert, insbesondere auch auf die beiden Unternehmen.**

Fragen und Anregungen nehme ich gerne direkt entgegen, bitte per E-Mail an:

christianherrgesell@grundrechtekomitee.de